

KVWL-Vertreterversammlung am 2. März 2016

Bericht zur Lage Ressort 1

Dr. Gerhard Nordmann

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben nun schon März – und stehen somit schon mitten drin in einem wichtigen Jahr für die KVWL. Nach sechsjähriger Legislaturperiode wird Ende September die Vertreterversammlung neu gewählt. Ich finde, diese Wahl ist für die Selbstverwaltung der Psychotherapeuten und Ärzte ein herausragendes Ereignis. Und ich freue mich über jede Kollegin und jeden Kollegen, der sich an dieser Wahl aktiv oder passiv beteiligen wird.

Die Selbstverwaltung in unserer KV funktioniert nämlich gut. Und die Position wie die Arbeitsweise der gesamten Selbstverwaltung ist begründet in einem vernünftigen Miteinander. Wir kommen miteinander aus:

- die Versorgungsbereiche und die verschiedenen Fachgruppen untereinander,
- ebenso wie die Gremien der Selbstverwaltung mit dem Vorstand und der Verwaltung.

Dass dies nicht immer selbstverständlich ist, zeigen uns die Probleme in der KBV.

Wir haben aber darüber hinaus gemeinsam sehr viel auf den Weg gebracht. Die Selbstverwaltung hat dabei die Richtung gewiesen und den Rahmen gesetzt – der Vorstand hat die Themen konkret vorangetrieben und umgesetzt. Als Ergebnis dieser Arbeit bleiben meiner Ansicht nach am Ende dieser Legislatur zwei wichtige Dinge:

- die KVWL hat die Interessen ihrer Mitglieder stark vertreten
- und wir werden von den Kassen wie von der Politik als umsetzungsstarke Partner geschätzt.

Kurz: Wir können zufrieden zurück blicken – und ebenso mit Zuversicht nach vorne.

Von der reibungslosen Umsetzung zweier sehr unterschiedlicher Aufgaben aus dem vergangenen Jahr kann ich Ihnen auch heute berichten. Die Versorgung der Flüchtlinge und Asylsuchenden durch niedergelassene Vertragsärztinnen und -ärzte läuft sehr gut. Wir können eine erste, positive Bilanz ziehen. Und die Terminservicestelle aus dem Versorgungsstärkungsgesetz hat vor einem Monat fristgerecht ihre Arbeit aufgenommen. Auch hier liegen uns die Zahlen vor.

Bericht Terminservicestelle

Beginnen wir mit der Terminservicestelle. Als Ruhrpottler mit Neigung zu knappen Sätzen mit schönen Metaphern würd' ich mal sagen:

„mussten wa machen – ham wa hingekriegt – eiert jetzt so vor sich hin“

Mehr gibt es dazu eigentlich nicht zu sagen. Da wir heute jedoch wenig auf der Tagesordnung haben, gebe ich Ihnen auch die Langversion:

Wir hatten im Vorstand beschlossen, dass ich mich der Umsetzung dieses leidigen Themas annehmen sollte. Nach all' den Diskussionen im Vorfeld des Versorgungsstärkungs-Gesetzes war klar, dass die KVen beim Aufbau der TSS unter intensiver politischer Beobachtung stehen würden. Gefordert war also eine pragmatische Lösung, die den Anspruch des Gesetzgebers erfüllt, in die wir aber nicht unnötig viel Geld und Arbeit investieren. Ich denke, das haben wir umgesetzt.

Dafür habe ich eine Projektgruppe unter der Führung von Bernd Hecker, Geschäftsbereichsleiter unseres Service-Centers, zusammengestellt. Er hat hier nicht nur seine langjährige Erfahrung zum Aufbau eines Call-Centers eingebracht. Wichtig waren in meinen Augen vor allem auch seine Geduld und Beharrlichkeit bei der Lösung aller Probleme. Meine Anerkennung und meinen Dank habe ich ihm schon ausgesprochen – und ich bin mir sicher, dass Sie sich diesem Dank anschließen werden.

Öffentlich möchte ich mich aber ebenso bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die uns mit ihrer Kooperationsbereitschaft und Zuarbeit die Umsetzung der Gesetzesvorgabe vereinfacht haben. Ein Großteil der Fachärzte hat uns ohne großes Lamentieren über Sinn und Unsinn freie Termine übermittelt. Auf hausärztlicher Seite ist das Anbringen der Dringlichkeitscodes angelaufen. Und ich danke natürlich allen Hausärztinnen und -ärzten, die in altbewährter Weise für ihre dringenden Fälle selbst zum Hörer greifen und Termine für ihre Patienten klar machen. Das war immer so und ist für alle Beteiligten das effektivste Verfahren.

Inhaltlich und technisch gut vorbereitet haben wir dann am 25. Januar – einem Montag – mit fünf Mitarbeiterinnen und einem zugeschalteten Überlauf-Call-Center die Arbeit aufgenommen. Wir mussten ja erst einmal ein Gefühl dafür bekommen, was da auf uns zukommt.

Der Start wurde begleitet von einem großen Medienrummel. Deshalb haben Sie bestimmt alle mitbekommen, dass sich die Inanspruchnahme aller Terminservicestellen in machbaren Grenzen hält. So ist es auch bei uns. Zwischen 100 und maximal 200 Anrufen nehmen wir innerhalb der Öffnungszeiten an. Etwa die Hälfte aller Anrufer hatte die notwendige dringliche Überweisung. Bislang hatten wir mit der Vermittlung keine Probleme. Sie sehen die ersten Auswertungen hinter mir an der Wand.

Wir werden die Entwicklung natürlich weiter im Auge behalten. Unabhängig davon aber werden wir die Automatisierung und elektronische Unterstützung des Prozesses weiter vorantreiben. Während zurzeit noch die freien Valenzen per Fax der Servicestelle gemeldet werden und dort händisch ins Computersystem eingetragen werden müssen, hoffen wir schon Mitte des Jahres eine elektronische Lösung über unser Mitgliederportal anbieten zu können. Die Praxen können dann selber Termine und Frequenzen eintragen und pflegen. Ebenso soll die Rückmeldung gebuchter Termine an die Facharztpraxen – jetzt noch per Telefon oder Fax – automatisiert werden.

In einem Punkt werden wir den Technik-Freaks der KBV IT-GmbH – die das zugrundeliegende Programm entwickelt hat und die Automatisierung vorantreibt – nicht folgen: Es wird mit uns keine Option für die direkte Online-Terminbuchung durch die

Patienten geben. Das wäre für die KVWL vielleicht bequem, weil wir dann die Zahl der Anrufe reduzieren könnten. Aber wir würden die alten Menschen abhängen, die nicht wie ihre Enkelkinder mit Computer und Smartphone groß geworden sind. So geht es nicht. Bei unserer TSS sollen alle die gleiche Chance auf einen Facharzttermin haben.

Also: Start hat reibungslos geklappt – ham wa hingekriegt. Die in Arbeit befindlichen Automatisierungen werden zu einem immer reibungsloseren Ablauf führen. Den Punkt Terminservicestelle können wir als abgehakt betrachten.

Bilanz Flüchtlingsvertrag

Der Aufbau und Betrieb der Terminservicestelle ist für uns alle ein „muss“, dem wir uns nicht entziehen können. Die Versorgung der vielen Asylsuchenden, die seit Sommer vergangenen Jahres auch in NRW in großer Zahl aufgenommen worden sind, ist dagegen eine freiwillige Aufgabe. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen sind sofort und ohne zu zögern den Bitten der Behörden um Unterstützung bei den notwendigen Erstuntersuchungen und Impfungen nachgekommen. Und genauso gehört es zu unserem ärztlichen Selbstverständnis, erkrankten Menschen ohne Ansehen der Person und der Herkunft zu helfen.

Auch die beiden KVen des Landes sind aktiv. Mit unserem seit dem 1. Oktober 2015 geltenden Vertrag mit dem Innenministerium haben wir der Versorgung die notwendige Struktur gegeben. Unsere Mitglieder – aber auch Fachärzte aus anderen Versorgungsbereichen oder Ruheständler – haben die Möglichkeit, sich an Erstaufnahme-Untersuchungen, Tuberkulose-Untersuchungen und Impfungen zu einem fairen Honorar zu beteiligen. Hinzu kommt die kurative Behandlung der Menschen in den Erstaufnahmen und in den Notunterkünften des Landes.

Uns erreichen auch immer wieder Berichte, in denen Kollegen ihre außerordentliche Belastung durch die zusätzliche große Inanspruchnahme ihrer Praxen beklagen. Leider können wir dies ebenso wenig lösen wie eine Reihe anderer Probleme in diesem

Zusammenhang. Aber was wir als KV auf einen vernünftigen Weg bringen konnten, haben wir schnell und unbürokratisch getan.

Ich möchte diese Stelle nutzen, um noch einmal ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die zusätzliche Arbeit auch zusätzlich bezahlt wird – extrabudgetär und in harten Euro. Das garantieren unsere Verträge. Ich weiß: Das ist nur ein schwacher Trost, wenn das Wartezimmer aus allen Fugen geht und man selber vor einem Patienten sitzt, bei dem man aufgrund der Sprachschwierigkeiten ewig braucht, bis man sein Problem identifiziert hat. Aber es ist immerhin etwas. Wer sich für die Menschen engagiert, wer mitmacht, kann nicht nur abends mit einem guten Gefühl schlafen gehen. Es gibt eine faire Gegenleistung.

Wenn ich Ihnen heute eine Zwischenbilanz für das 4. Quartal 2015 vorlege, so werden Sie gleich merken, dass die Zahlen die Dimension der Aufgabe widerspiegeln.

In den Monaten Oktober bis Dezember 2015 wurden – nach den bis heute zur Abrechnung vorliegenden Teilnahmelisten –

- rund 59.000 Eingangsuntersuchungen
- rund 16.000 Röntgenuntersuchungen und
- mehr als 65.000 Impfungen

durchgeführt.

Und das sind nicht einmal alle ärztlichen Leistungen, die im vergangenen Herbst in Westfalen erbracht wurden. In diesen Monaten galten noch zusätzliche Vereinbarungen der Bezirksregierungen mit Ärztinnen und Ärzten auf Basis von Stundenhonoraren.

Seit wir die Abrechnung der Leistungen von der völlig überlasteten Bezirksregierung Arnsberg übernommen haben, schütten wir die Vergütungen für die Arbeit in der Erstaufnahme monatlich an die Beteiligten aus. Für die genannten Untersuchungen und Impfungen waren dies bislang 2,6 Millionen Euro extrabudgetär.

Die Erstuntersuchung ist jedoch nur ein Teil der notwendigen medizinischen Leistungen für die Asylbewerber. Die überwiegende Zahl der Ärztinnen und Ärzte engagiert sich in kurativen Behandlungen in den großen Unterbringungseinheiten oder in ihren eigenen Praxen.

Insgesamt sind dem Vertrag zwischen der KVWL und dem Land NRW bislang 2.944 Kolleginnen und Kollegen beigetreten. Von diesen haben sich 342 auch an Erstuntersuchungen bei der Ankunft der Flüchtlinge beteiligt.

Die Möglichkeit, sich über den KVWL-Vertrag an der Flüchtlingsversorgung zu beteiligen, haben übrigens 145 Kolleginnen und Kollegen aus Kliniken, Behörden oder aus dem Ruhestand genutzt.

Mein Fazit an dieser Stelle: Die notwendigen Erstuntersuchungen in den rund 160 zentralen Aufnahme-Einrichtungen des Landes in Westfalen-Lippe sind gesichert. Allerdings merken wir, dass dieser Bereich nur ein Teil der Flüchtlingsversorgung ist. Der andere Teil findet jeden Tag in den Vertragsarztpraxen selber statt. Die Hauptlast der medizinischen Versorgung der Neuankömmlinge tragen die Ärztinnen und Ärzte in den Haus- und Facharztpraxen, zu denen die Asylbewerber mit den gewöhnlichen Erkrankungen kommen. Wenn diese Menschen dauerhaft bleiben, wenn gar in nächster Zeit noch viele hinzukommen – dann haben wir ein großes Problem in der Regelversorgung, in unseren Praxen genauso wie in den Kliniken. Darüber werden wir dringend mit der Politik reden müssen.

Zunächst einmal bedanke ich mich noch einmal und ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen. Was Sie hier leisten, ist großartig. Es zeigt der Welt unser ärztliches Ethos – wir sind für unsere Patienten da, egal, woher die kommen. Und es zeigt der ganzen Gesellschaft, was wir als medizinische Versorgung leisten können. Ich sage nur: Spitze!

Beginn Honorarverhandlungen

Bei allen zusätzlichen Anstrengungen für Asylbewerber vergessen wir alle aber unsere eigentliche Aufgabe und unsere normalen Patienten nicht. Genauso vergesse ich als Vorstand trotz der zusätzlichen extrabudgetären Umsätze die Honorarverhandlungen um die Gesamtvergütung nicht.

Heute kann ich Ihnen allerdings nur einen kurzen Zwischenbericht geben. Durch den Wechsel an der Spitze der AOK NordWest kurz vor Jahreswechsel musste sich das Lager der Krankenkassen zunächst noch finden und absprechen. Die konkreten Verhandlungen beginnen also jetzt erst. Sobald greifbare Ergebnisse vorliegen, werde ich Sie selbstverständlich umgehend unterrichten.

Das waren kurz und knapp meine Themen für heute. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!